

GZ. BMEIA-O3.3.19.29/0025-III.5/2018

ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT

25/19

**Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung (OECD); Treffen des Ministerrates
am 30. / 31. Mai 2018, Paris**

VORTRAG AN DEN MINISTERRAT

Der Ministerrat der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) trat am 30. und 31. Mai 2018 in Paris unter französischem Vorsitz zusammen. Den Vize-Vorsitz übernahmen Lettland und Neuseeland. Das Generalthema des Treffens lautete „Neugestaltung der Grundlagen des Multilateralismus für verantwortungsbewusstere, effektivere und integrative Ergebnisse“ (*“Reshaping the foundations of multilateralism for more responsible, effective and inclusive outcomes”*).

Die österreichische Delegation wurde von mir als Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres geleitet. Das Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort war auf Expertenebene vertreten.

Bei dem Treffen des Ministerrates wurden auch die Beitrittserklärungen von Kolumbien und Litauen zum Übereinkommen über die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, BGBl. Nr. 248/1961 idGF, unterzeichnet. Die Unterzeichnung erfolgte durch die litauische Staatspräsidentin Dalia Grybauskaitė und den kolumbianischen Staatspräsidenten Juan Santos sowie durch OECD-Generalsekretär Angel Gurría. Der französische Staatspräsident, Emmanuel Macron, nahm an der Zeremonie teil. Rechtskräftig werden die Beitritte Kolumbiens und Litauens zum OECD-Übereinkommen mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden bei der französischen Regierung als Depositär des Übereinkommens.

Die Ergebnisse der Beratungen des Ministerrates vom 30. und 31. Mai 2018 sind in dem beigefügten Dokument mit dem Titel „Statement of the French Chair of the 2018 OECD MCM“ enthalten. Aufgrund von Vorbehalten der Vereinigten Staaten von Amerika in Bezug auf Multilateralismus und Umwelt konnte keine gemeinsame Erklärung des Ministerrates veröffentlicht werden.

Im Einvernehmen mit der Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort und dem Bundesminister für Finanzen stelle ich den

A n t r a g,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, am 16. August 2018
KNEISSL